

TITELSEITE:**Dicker Rotstift bei den Gesundheitskosten****Parteiübergreifende Sparvorschläge**

rom. Die Ankündigung eines überdurchschnittlichen Anstiegs der Krankenkassenprämien im nächsten Jahr hat die Politiker aufgeschreckt. Parlamentarier und Parlamentarierinnen aus allen Fraktionen der Bundesversammlung erarbeiteten ein Massnahmenpaket, dessen Sparpotenzial auf 1,5 Milliarden Franken geschätzt wird. Die Vorschläge sollen unter anderem die Grundversorger stärken und den direkten Gang zum Spezialisten oder ins Spital erschweren. Zudem werden Eckwerte für die Arzttarife sowie günstigere Medikamente und medizinische Hilfsmittel verlangt. Die Vorschläge sollen bereits nächste Woche in die Beratungen der nationalrätlichen Gesundheitskommission eingebracht werden.

SEITE 15:**Überparteilicher Effort zur Senkung der Gesundheitskosten****Alternativen und Ergänzungen zu den Sofortmassnahmen des Bundesrats**

Gesundheitspolitiker aus allen Fraktionen haben ein Massnahmenpaket geschnürt, mit dem sie die Explosion der Krankenkassenprämien dämpfen wollen. Sollen die Vorschläge umgesetzt werden, müssen alle Akteure Haare lassen und alle Parteien Konzessionen machen.

rom. Bern, 16. Juni

Vom Standpunkt der Opfersymmetrie her sollte das von einer überparteilichen Parlamentariergruppe präsentierte «Sofortpaket 09» eigentlich gute Chancen haben: Weder Ärzte noch Versicherer noch Pharmaindustrie noch Patienten werden damit zufrieden sein. Die Zusammensetzung der Gruppe bürgt zudem für Kompetenz und politisches Gewicht. Hinter den Vorschlägen stehen die FDP-Ständerätinnen Erika Forster und Christine Egerszegi, Simonetta Sommaruga (sp.), Verena Diener (glp.) und der grüne Waadtländer Ständerat Luc Recordon. Aus dem Nationalrat sind es Ruth Humbel (cvp.), Toni Bortoluzzi (svp.), Jacqueline Fehr (sp.), Yvonne Gilli (gp.), Hansjörg Hassler (bdp.) und Otto Ineichen (fdp.) - er hatte die «Feuerwehrübung» initiiert.

Obwohl das Massnahmenpaket innerhalb von drei Wochen geschnürt wurde, kann nicht von einem Schnellschuss gesprochen werden. Es handelt sich nämlich um die Bündelung von Vorschlägen, die seit längerer Zeit diskutiert werden. Neu ist, dass man aus den verschiedenen Massnahmen jene herausdestilliert hat, die von den massgeblichen Gesundheitspolitikern aller Fraktionen mitgetragen werden können. Dass es bei der Suche nach einem gemeinsamen Nenner hart zur Sache ging, zeigt sich etwa daran, dass der Bündner SVP-Ständerat Christoffel Brändli das Massnahmenpaket zuletzt nicht mehr mittragen wollte.

Barriere zum Spezialisten

Statt der umstrittenen Praxisgebühr von 30 Franken schlägt die Gruppe vor, den direkten Gang zum Spezialisten oder ins Spital mit einem doppelten Selbstbehalt von 20 Prozent zu erschweren. Bei der Behandlung durch den Grundversorger bliebe der Selbstbehalt unverändert bei 10 Prozent. Wer eine Grundversicherung mit Rabatten wählt, soll dieser mindestens zwei Jahre treu bleiben und nicht vor einer geplanten teuren Behandlung kurzfristig wechseln. Dass Zusatzversicherte keine Prämienverbilligung erhalten sollen, erscheint als Selbstverständlichkeit, ist heute aber noch nicht der Fall. Alle Erwachsenen sollen sich zudem mit 15 Franken pro Tag an den Spitalkosten beteiligen, da die Verpflegungskosten zu Hause entfallen. Ferner sollen die Krankenkassen keine Arztzeugnisse für ein bis drei Tage mehr bezahlen müssen. Den Kassen soll verboten werden, mit Telefonwerbung und Provisionen Jagd auf «gute Risiken» zu machen.

Eingriff in Tarife

Weil die heutigen Tarife für die Allgemeinmediziner unattraktiv sind, soll der Bundesrat Eckwerte festlegen können. Er soll insbesondere dafür sorgen, dass die Tarife für ambulante Spitalbehandlungen gleich hoch sind wie in den Arztpraxen und dass die Tarife für gleiche Leistungen landesweit nicht zu sehr auseinanderdriften. Ein grosses Sparpotenzial sieht die Gruppe logischerweise bei den Preisen für Medikamente - inklusive Generika - und für medizinische Hilfsmittel.

Insgesamt rechnen die Parlamentarier mit möglichen Einsparungen von 1,5 Milliarden Franken. Zur Realisierung sind drei dringliche Änderungen im Krankenversicherungsgesetz nötig: für den differenzierten Selbstbehalt, für das Verbot von Telefonwerbung und Provisionen bei den Kassen sowie für die Bundeskompetenz zur Festlegung von Eckwerten für die Tarife zwischen Versicherern und Ärzten. Die übrigen Vorschläge liegen in der Kompetenz des Bundesrats - hier soll mit einer dringlichen Motion Druck erzeugt werden.

In einer Gesamtwertung sieht die Gruppe ihre Vorschläge als Stärkung der Grundversorgung, also der Hausärzte und der Managed-Care-Modelle, sowie der Eigenverantwortung. Zudem würden damit falsche Anreize beseitigt. Wichtig ist der Gruppe zudem, dass die Kosten nicht einfach verschoben werden. «Es ist ein Paket, das alle ärgert und gerade deshalb eine breite Abstützung finden sollte», bilanzierte CVP-Nationalrätin Ruth Humbel.

Politisches Erwachen

Der Gemeinplatz von der Krise als Chance drängt sich geradezu auf: Die Gesundheitspolitik steckt im Sumpf, und sozusagen in letzter Minute präsentiert eine überparteiliche Parlamentariergruppe ein Rettungspaket, das die Kosten der Grundversicherung um bis zu 1,5 Milliarden Franken senken könnte. Es handelt sich dabei nicht um unrealistische Visionen, sondern um konkrete Vorschläge, die dem kleinsten gemeinsamen Nenner zwischen den Parteien entsprechen. Ein weiterer Vorteil der Massnahmen: Sie lassen sich rasch umsetzen und sollen bereits in den nächsten Wochen in die Arbeit der Gesundheitskommissionen der beiden Räte einfließen - als Ergänzung beziehungsweise Alternative zu den von Bundesrat Couchepin vorgeschlagenen Sofortmassnahmen.

Bemerkenswert am Resultat der überparteilichen Zusammenarbeit ist, dass es von profilierten Gesundheitspolitikern aller namhaften Parteien mitgetragen wird. Da die Vorschläge gewisse Konzessionen von allen Akteuren im Gesundheitswesen fordern, wird die Kritik von Ärzten, Krankenkassen, Spitälern und Pharmaindustrie nicht lange auf sich warten lassen. Das sollte die Politik allerdings nicht beirren. Zu lange hat sie sich zum Spielball der Interessenvertreter degradieren lassen. Umso erfreulicher ist es, dass sie nun das Heft wieder in die Hand nimmt.

Das politische Erwachen ging, wie so oft, von einem Unkonventionellen aus. Der Unternehmer und FDP-Nationalrat Otto Ineichen erkannte, dass die gesundheitspolitische Blockade des Parlaments nur durch einen gemeinsamen Effort über die Parteigrenzen hinweg gesprengt werden kann. Geholfen haben ihm dabei vor allem Politikerinnen. Es ist zu hoffen, dass die Initiative nicht bloss als kurzlebiger Sommerflor endet, sondern als robusteres Gewächs auch dem rauen Wind in der kommenden Herbstsession zu trotzen vermag. Es wäre ein weiteres Armutszeugnis der Politik, wenn dieses späte Erwachen erneut zum Albtraum würde. rom.

© **Neue Zürcher Zeitung**